

Interview mit Roni Hammermann von Machsom Watch am 7. Mai 2010 anlässlich ihres Vortrags in Berlin am gleichen Tag abends zum Thema: „Schuldig – Unfaire Gerichtsverfahren vor israelischen Militärgerichten“

Gesprächspartnerinnen: Janel B. Galvanek und Christine Raiser-Süchting von der Gruppe 1180/Berlin, Amnesty International

1. Die Arbeit von Machsom Watch zur Situation an den Checkpoints

F: Was macht die Organisation Machsom Watch?

Roni Hammermann: Machsom Watch wurde gegründet, nachdem die zweite Intifada begonnen hat und wir immer mehr Berichte über Menschenrechtsverletzungen an den Checkpoints gehört haben. Wir hatten damals gar nicht gewusst, wie diese Checkpoints aussehen und warum dort so viele Menschenrechtsverletzungen passieren. Wir hatten bisher an den Demonstrationen der Frauen in Schwarz teilgenommen. Dort haben wir Leute kennen gelernt, die alle möglichen neuen Projekte vorhatten, u.a., dass sich eine Gruppe bildet, die zu den Checkpoints geht. Mit fünf, sechs, sieben Frauen hat es begonnen. Heute sind wir 300.

Heute bewachen wir die Checkpoints im ganzen Westjordanland. Es hat mit Jerusalem begonnen. Unsere Aufgabe ist: Beobachten, was dort vor sich geht, eventuell einschreiten. Unsere wichtigste Aufgabe ist die Dokumentation. Wir schreiben einen Bericht nach jeder Schicht und veröffentlichen ihn dann auf unserer Website. Dort kann man nachlesen, was an welchem Tag an welchen Checkpoints geschehen ist. Ich hoffe, dass wir auch jetzt ein Archiv eröffnen können, das zurückgeht in die erste Periode unserer Tätigkeit.

F: An welchen Checkpoints seid Ihr, und seid Ihr dann auf beiden Seiten?

Roni Hammermann: Die meisten Checkpoints sind innerhalb der besetzten Gebiete. Dort können auch wir wie die Siedler und die Soldaten ohne Weiteres sein. Ein Checkpoint trennt z.B. ein arabisches Dorf von einer arabischen Stadt. Die meisten Checkpoints sind um die großen Städte herum angelegt und in der Nähe von jüdischen Siedlungen. Wir haben nach und nach verstanden, dass die Checkpoints nicht der Sicherheit der israelischen Bevölkerung dienen, sondern der Sicherheit der jüdischen Siedler.

F. Könnt Ihr den gesamten Kontroll-Ablauf am Checkpoint verfolgen?

Roni Hammermann: Das konnten wir bis vor kurzem. Seit ca einem Jahr sind innerhalb der Westbank weniger Checkpoints in Betrieb. Allerdings ist deren Infrastruktur geblieben. Die Wachtürme stehen nach wie vor. Der Generator funktioniert. Es sind weiterhin Soldaten in den Wachtürmen. Sie mischen sich nur nicht mehr in die Verkehrsbewegung ein. Wenn sie es allerdings für notwendig halten, können sie in jedem Augenblick die Checkpoints wieder in Funktion bringen.

Nach wie vor gibt es außerdem die fliegenden Checkpoints. Jeder Soldat kann innerhalb von zwei Minuten einen fliegenden Checkpoint errichten. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser ist also weiterhin häufig behindert und gestört. Nicht nur durch Checkpoints, sondern z.B. auch durch Barrieren, die an den Ausgängen der Dörfer in die Hauptstraßen

aufgebaut sind, so dass man aus seinem Dorf oft überhaupt nicht mit einem Auto auf die Hauptstraße gelangen kann.

F: Wie nehmt Ihr Einfluss?

Roni Hammermann: Solange wir uns direkt neben den Soldaten aufhielten und den Kontrollvorgang vollständig beobachten konnten, war die Einflussnahme leichter möglich als heute. Wenn wir z.B. gesehen haben, dass eine schwangere Frau nicht durchgelassen wird, oder wenn eine Frau mit einem Kleinkind kam, das schrecklich geweint hat, weil es Halsschmerzen hatte, oder wenn jemand mit einer Krankenhauseinweisung gekommen ist, die in Englisch geschrieben war, haben wir konkret mit den Soldaten sprechen können und sie daran erinnert, dass sie doch ein eigenes Urteilsvermögen haben.

Es hat nicht immer gewirkt. Aber da wir neben ihnen standen und ihnen in die Augen schauen konnten, und da wir ihre Sprache sprechen, haben sie in uns, obwohl wir ihnen kritisch gegenüberstanden, doch ihre Mütter, Großmütter oder Schwestern gesehen und gemeint, dass sie sich ein bisschen auf uns verlassen können.

Das hat sich heute geändert. Die großen Checkpoints konzentrieren sich jetzt an den Stellen, wo man nach Israel gelangen kann. Das sind High-Tech-Anlagen mit elektronischen Installationen und so gebaut, dass die Soldaten nicht mehr frei herum stehen, sondern hinter kugelsicherem Glas sitzen. Die Kontrolle findet dann im Inneren der Anlage statt. Wir können unter diesen Bedingungen den Ablauf nur vollständig beobachten, wenn wir auf beiden Seiten sein können. Das ist lediglich bei dem Qalandia-Checkpoint bei Jerusalem möglich.

Wir hören natürlich auch von den Menschen, die die Checkpoints passieren, wie sich das abspielt, auch von denen, die nicht durchgelassen wurden. Wir benutzen heute viel mehr das Telefon, weil wir nicht mit den Soldaten selbst sprechen können, sondern uns an die vorgesetzten Kommandeure wenden müssen.

F: Wie reagieren die Palästinenser auf Euch?

Roni Hammermann: Zum großen Teil reagieren sie positiv. Sie meinen, wir sollten 24 Stunden am Tag dort sein, dann wäre alles etwas leichter, weil unsere Anwesenheit schon etwas ausmacht. Natürlich gibt es auch solche, die sagen: Ihr seid jetzt schon so viele Jahre da. Es hat sich nicht nur nicht verbessert, sondern verschlimmert. Da haben sie auch Recht.

Besonders schwierig ist die Situation für die Palästinenser, die als Arbeiter in Israel beschäftigt sind und jeden Tag durch einen Checkpoint müssen. Diese Arbeiter müssen schon um drei Uhr in der Frühe dort sein, um sich einen vorderen Platz zu sichern. Sie warten dann, bis der Checkpoint um fünf Uhr öffnet. Dann beginnt das große Gedränge. Zusätzlich gibt es spezielle Verbote und Einschränkungen. Wir haben z.B. erfahren, dass die Arbeiter im Sommer kein eisgekühltes Wasser mitnehmen dürfen. Sie dürfen keine gekochten Speisen und andere Esswaren nur in geringem Maß mitnehmen. Wir haben deswegen einen Beschwerdebrief an die Militärführung geschrieben.

F: Wie wird Eure Arbeit in der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen?

Roni Hammermann: Ein wichtiges Ergebnis unserer Öffentlichkeitsarbeit ist, dass in Israel niemand mehr glaubt, die Checkpoints seien etwas Positives. Auch wenn die Menschen glauben, dass es die Checkpoints geben muss, es ist ein Thema, das negativ besetzt ist.

Wir versuchen, Veranstaltungen zu machen. Wir zeigen unsere Filme, z.B. einen einstündigen Film über die Entwicklung des Qalandia-Checkpoints, oder wir stellen einen besonders paradigmatischen Bericht über Vorgänge an einem Checkpoint vor. Wir geben unsere Informationen an Journalisten weiter. Einmal haben wir bei einer unserer Veranstaltungen einen künstlichen Checkpoint auf der Straße aufgebaut.

2. Beobachtung der Verfahren gegen Palästinenser vor israelischen Militärgerichten: „Uns scheint das ganz besonders wichtig, dort zu sein, wo andere nicht sein können.“

F: Wie kam es zu der Entscheidung, die Verfahren gegen Palästinenser vor israelischen Militärgerichten zu beobachten?

Roni Hammermann: Unsere Entscheidung, die Verfahren vor den israelischen Militärgerichten zu beobachten, ergab sich aus den Gesprächen mit Palästinensern an den Checkpoints, von denen viele entweder dort verhaftet wurden oder von ihrer Verhaftung erzählten.

Überhaupt haben uns unsere Beobachtungen an den Checkpoints vielfältige Kenntnisse über das innere System der militärischen Besetzung ermöglicht. Die Checkpoints sind ein wichtiges und das sichtbarste Symbol der Besetzung.

Unser aktueller Bericht, der mit dem Titel „Schuldig“ auch in deutscher Übersetzung vorliegt, bezieht sich auf den häufigsten Anklagepunkt vor den Militärgerichten: **Mitgliedschaft und Tätigkeit in verbotenen Organisationen.**

F: Wo befinden sich die Militärgerichte? Wie funktioniert das System der Prozesse vor diesen Gerichten?

Roni Hammermann: Nach internationalem Recht kann eine Besatzungsmacht Militärgerichte einrichten – allerdings nur unter der Bedingung, dass die Gerichte und auch die Haftanstalten sich in den besetzten Gebieten befinden und die Verfahren auch dort stattfinden. Die meisten israelischen Militärgerichte und Militärgefängnisse befinden sich jedoch in Israel. Da beginnt das juristische Problem. Die Militärgerichte tagen daher faktisch nicht öffentlich. Dabei hat jeder Mensch das Recht auf ein öffentliches Gerichtsverfahren. Wenn die Verwandten der Angeklagten, die ja die wichtigsten Personen für die Angeklagten sind, jedoch nicht nach Israel reisen dürfen um bei dem Verfahren anwesend zu sein (was die Regel ist), dann sind die Prozesse nicht öffentlich. In das Polizeigefängnis in Jerusalem, wo Haftprüfungsverfahren stattfinden, darf grundsätzlich kein verwandter Palästinenser hineinkommen.

Wir sind dann die einzigen Zuschauerinnen bei diesen Gerichtsverfahren. Auch wir mussten einen langen Weg gehen, bis wir die Berechtigung bekommen haben. Oft gibt es neue Verordnungen, dann müssen wir eine neue Bewilligung beantragen. Aber letzten Endes muss

das Militär uns die Bewilligung geben. Uns scheint das ganz besonders wichtig, dort zu sein, wo andere nicht sein können.

In unserem ersten Bericht aus dem Jahr 2006 haben wir das System der Verlängerungen der Untersuchungshaft beschrieben, die sogenannten Haftprüfungsverfahren. Untersuchungshaft ist die Haft vor der Anklageerhebung.. Auch diese Vorgehensweise macht deutlich, dass es sich nicht um faire Verfahren handelt. Die meisten Palästinenser bleiben vom Tag ihrer Verhaftung bis zum Tag der Urteilsverkündung in Haft. Sie sind also schon in Haft, bevor sie überhaupt verurteilt werden. Die Haftdauer im abschließenden Urteil wird dann an die Dauer der Untersuchungshaft angepasst. Ein junger Mann dessen Geschichte vor dem Militärgericht wir von Anfang bis Ende verfolgt haben, war 8 Monate und 23 Tage in Untersuchungshaft. Als er dann gegen Kaution entlassen wurde, wurde das Strafmaß auf 8 Monate und 23 Tage festgelegt.

Ein besonderes Problem der Prozessführung ist der Umgang mit der Sprache.

Obwohl Arabisch in Israel eine offizielle Sprache ist, finden die Verhandlungen auf Hebräisch statt. Die Angeklagten haben dafür einen Übersetzer. Die Verhöre werden zwar in Arabisch geführt, die Protokolle jedoch in Hebräisch niedergeschrieben (weil die Ermittler kein Schrift-Arabisch können) und dann den Angeklagten zur Unterschrift vorgelegt. Da kommt es zu unabsichtlichen oder absichtlichen Missdeutungen, zu Missverständnissen, die sich oft nachteilig auf die Angeklagten auswirken.

F: Gibt es palästinensische oder israelische Organisationen, oder Anwälte, mit denen Ihr zusammenarbeitet?

Roni Hammermann: Es gibt einige Organisationen, die sich für die Rechte der Gefangenen einsetzen. Mit den meisten Rechtsanwälten haben wir einen sehr guten Kontakt. Es gibt israelische (jüdische und palästinensische) und Anwälte aus den besetzten Gebieten. Wir haben viel von ihnen gelernt.

F: Aus welchen Gründen werden die Palästinenser verhaftet und angeklagt?

Roni Hammermann: Ein Großteil der Palästinenser wird wegen „ Terroraktivität“ verhaftet, d.h. unter anderem auch wegen Mitgliedschaft oder Tätigkeit in einer oder für eine Vereinigung, die verboten ist. Verboten sind z.B. politische Parteien, vor allem alle Gruppen die in Verbindung zur Hamas stehen oder zur Volksfront für die Befreiung Palästinas. Auch z.B. Studentenvertretungen, Vereine, die Waisenhäuser betreiben, oder Koran-Lesegruppen und viele Wohltätigkeitsorganisationen. All diese sind Gruppen und Organisationen, die in einer Demokratie selbstverständlich die Grundlage einer funktionierenden Zivilgesellschaft bilden.

F: Wissen die Angeklagten, dass die Gruppe in der sie aktiv oder Mitglied sind, verboten ist? Gibt es Listen der verbotenen Vereine?

Roni Hammermann: Ein Verein kann vom Militärkommandeur verboten werden. Es gibt Listen, die sind sehr lang. Aber welcher normale Mensch, der in eine Koran-Lesegruppe geht, schaut vorher nach, ob diese Gruppe verboten ist. Den Organisationen wird auch nicht offiziell mitgeteilt, wenn sie verboten werden. Irgendwo werden die Verbote registriert, das

ist aber nicht durchschaubar. Auch ein Richter kann spontan entscheiden, eine Organisation zu verbieten.

Ein Beispiel für die Absurdität dieses Vorgehens: 1989 wurde die Fatah als verboten erklärt. Sie ist immer noch auf der Liste, obwohl Israel inzwischen mit Fatah Verhandlungen führt. Es gibt auch Beispiele von Verhafteten, denen die Mitgliedschaft in einer Vereinigung zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgeworfen wird, als diese Vereinigung noch nicht verboten war.

Die Anklage bedient sich häufig unklarer Zeit- und Ortsangaben. Ein junger Mann wird zum Beispiel verdächtigt, seit 2006 oder früher oder später und bis zum Zeitpunkt seiner Verhaftung der Volksfront zur Befreiung Palästinas anzugehören. Er wird nicht mit konkreten Vorwürfen zu bestimmten Zeitpunkten konfrontiert. Die Anklage ist absichtlich so vage gehalten.

F: Spielen Beweise bei den Verfahren eine Rolle?

Roni Hammermann: Ja, wenn es zu einem Verfahren kommt, das mit Beweisen umgeht. Die meisten Verfahren enden jedoch mit einer so genannten Schuldvereinbarung. Das ist ein Abkommen zwischen der Anklage und der Verteidigung, wo die Anklage fordert, dass ein Geständnis abgelegt und dafür das Strafmaß verringert wird. Diese Schuldvereinbarungen sind Maßnahmen, die einen Prozess sehr stark verkürzen.

Wenn die Schuldvereinbarungen zu einem Instrument anstelle eines ordentlichen Verfahrens werden, wird allerdings die Wahrheitsfindung völlig nebensächlich. Mit einer Schuldvereinbarung verlassen die Angeklagten das Gericht und das Gefängnis als Schuldige. Sie gelten als vorbestraft und sie haben in der Regel noch eine Bewährungsstrafe. Diese Bewährungsstrafe ist ein katastrophales Handicap für eine Arbeitssuche in Israel.

Mit den Schuldvereinbarungen wird der Anschein der Legalität in den Militärgerichten gewahrt. „Schaut, sie haben gestanden, wir haben sie nicht grundlos verhaftet.“

Die palästinensischen Rechtsanwälte kommen immer wieder an den Punkt, dass sie dieses Spiel der Schuldvereinbarungen nicht mehr mitspielen wollen. Alle paar Monate drohen sie, die Verfahren zu boykottieren, machen dann jedoch die Drohung in der Regel nicht wahr oder beenden relativ schnell einen begonnenen Boykott, weil sie Druck von den Familien der Angeklagten erhalten oder auch von den Richtern. „Ach, Ihr wollt uns drohen. Wir verschieben die nächste Verhandlung um zwei Monate.“ So bringen sie sie auf die Knie, und nach wie vor werden diese Schuldvereinbarungen getroffen.

F: Ist MACHSOM WATCH die einzige Organisation, die über diese Militärgerichtsverfahren berichtet?

Roni Hammermann: Nein, es gab einen wichtigen Bericht von einer israelischen Organisation, die heißt Yesh Din, das heißt: „Es gibt ein Gesetz“. Vor drei Jahren haben sie einen Bericht über die unfairen Gerichtsverfahren veröffentlicht unter dem Titel „Backyard proceedings“. Die Autoren sind juristische Experten. Der Bericht ist eine wichtige Quelle für unsere Arbeit.

F: Was können wir hier tun?

Roni Hammermann: Gegen solche Verfahren protestieren. Gerade Amnesty könnte hier vorangehen. Ihr seid doch auf Gerichtsfälle eingestellt. Ihr protestiert gegen die Administrativhaft. Die ist sicher die Spitze des Absurden und Undemokratischen. Aber die Verfahren sollten auch angeprangert werden. Wir selbst protestieren auch sehr häufig gegen sie.

Ich bin die Erste aus unserer Gruppe, die über die Ergebnisse unserer Beobachtungen in den israelischen Militärgerichten in einem europäischen Land berichtet, auch in Israel haben wir zu diesem Thema noch keine Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir freuen uns über jede Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit.